

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 2

Artikel: Und die Wirtschaft?
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093626>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Und die Wirtschaft?

Politisch geht Ungarn Schritt für Schritt in Richtung auf einen pluralistischen Rechtsstaat. Die jüngsten Beschlüsse im Budapester Parlament bestätigen diesen Trend, von dem Dr. Joseph Pozsgai in der vorletzten Nummer gesprochen hat. Wie aber steht es mit der wirtschaftlichen Modernisierung des Landes? Mit dieser Frage befasst sich unser Mitarbeiter heute. Auch dieser Beitrag stützt sich auf Gespräche unter anderm mit Staatsminister Imre Pozsgay, dem führenden Reformen in der Parteispitze. Hinzu kommen Aussagen von Miklos Nemeth, zur Zeit der Gespräche schon Politbüromitglied und inzwischen ungarischer Regierungschef.

Ungarn wurde seinerzeit die «lustigste Baracke im sozialistischen Lager» genannt, aber viel zu lachen gibt es heute dort nicht mehr. Sobald man auf die wirtschaftliche Lage zu sprechen kommt, machen die Ungarn aus allen Schichten besorgte Gesichter.

Das kommt nicht von ungefähr. Die Inflationsrate lag letztes Jahr bei 17 Prozent, und weil die Teuerung gar auf etwa 30 Prozent anstieg, bedeutet das für die Lohnempfänger und Rentner eine erhebliche Senkung ihres Lebensstandards.

Abzahlen

Die Staatsschulden von 18 Milliarden Dollar zwingen die Regierung zum Sparen. Um die internationale Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, erhöht man die Preise ohne entsprechende Einkommenskompensation, und so läuft die Teuerung selbst der Inflation davon. Das ist eine bittere Enttäuschung nach 20 Jahren Reformpolitik.

Die frühere Parteiführung unter Janos Kadar (bis Mai 1988) hatte es nicht gewagt, in wirtschaftlichen Belangen das stalinistische Modell restlos aufzugeben. Zwar blühte der private Sektor in der Lebensmittelversorgung und lockte devisabringende Touristen ins Land, aber der staatliche Sektor glaubte sich zu Unrecht von eigentlichen Strukturänderungen dispensiert.

Für 18 Milliarden Dollar hätte man eine ganze Reihe moderner Industriebetriebe errichten können, aber das geschah nicht. Wozu denn wurden die westlichen Kredite verwendet? Vor allem zur Konservierung

der alten und defizitären industriellen Strukturen. Wer das sagt, ist kein westlicher Anlegeberater, sondern der ungarische Staatsminister Imre Pozsgay, der als Politbüromitglied der engsten Parteiführung angehört.

Die alte Führung habe, so Pozsgay, immer damit argumentiert, dass die Einstellung verlustbringender Produktion und die Schliessung defizitärer Grossbetriebe eine grosse Arbeitslosigkeit hervorrufen würde. Daher schob sie die Reformpläne vor sich her und finanzierte die Verluste immer stärker mit westlichen Krediten, ohne ihre Rückzahlungsfähigkeit zu verbessern.

Die staatlichen Subventionen für defizitäre Unternehmungen und für die Preisstützung erreichten 1987 die Summe von 88,1 Milliarden Forint (ca. 2,8 Milliarden Franken).

Die alten Strukturen, das Kolchossystem, sind auch in der Landwirtschaft beibehalten worden, obwohl man heute einsieht und zugibt, dass die seinerzeitige Kollektivierung ein Fehlgriff war. Die billigen Arbeitskräfte, die Bauern, wurden damals mehrheitlich zur Arbeit in der Industrie gezwungen, und im kapitalarmen Land entstanden landwirtschaftliche Grossbetriebe mit hohem Kapitalbedarf, dem man bis heute nicht genügen konnte. In der Folge erbrachte man durch extensive Arbeitsmethoden niedrige Erträge.

Trotz Kapitalmangel hat die Landwirtschaft indessen die erste Reformperiode relativ gut überstanden. Dank der Zulassung einer erweiterten Privatwirtschaft für Kolchosmitglieder nahmen Viehzucht und Gartenwirtschaft wieder einen Aufschwung. Gut die Hälfte der Fleisch- und Gemüseproduktion und sogar 80 Prozent der Gemüseproduktion wird heute von der «zweiten Wirtschaft» erbracht, und das ist auch der Grund für die vollen Lebensmittelläden in Ungarn.

Direktoren kann man ernennen, Unternehmer nicht

Die Stagnation der staatlichen Industrie ist nur unter anderm mit dem unbeweglichen System der stalinistischen Planwirtschaft zu erklären; mehrere Faktoren spielen mit.

Ein wichtiger Punkt betrifft die Schwerindustrie, für die Ungarn bei jeglichem System das falsche Land wäre. Nach der kommunistischen Machtübernahme zwang man Ungarn - wie damals alle osteuropäischen Länder - zum Aufbau einer autarken Wirtschaft mit allen erdenklichen Zweigen der Schwerindustrie, mit Eisen- und Stahlproduktion, wiewohl es ein energiearmes Land ist und auch Eisenerz importieren muss. Die



Der Abzug sowjetischer Truppen aus Ungarn: «Siehst du, Sergej, ich rede schon seit 40 Jahren davon, dass wir hier nur vorübergehend stationiert sind...» («Budapester Rundschau», Budapest, Nr. 3/1989)

Schwerindustrie arbeitet daher mit den grössten Verlusten. Im Grunde müsste man im Rahmen einer ernstgemeinten Reform fast alle diese Grossunternehmen schliessen.

Ein weiteres Problem stellt der Bedarf an Führungskräften neuen Typs. Die meisten Direktoren haben Angst vor dem modernen Management. Die Planwirtschaft, die schon teilweise abgeschafft wurde, ist das bequemste Lenkungssystem, weil die wichtigen Entscheidungen ausserhalb der Betriebe getroffen werden, so dass die Unternehmensführung für ihre Tätigkeit fast keine Verantwortung trägt. Die planwirtschaftlich erzogenen Kader fürchten deshalb den Wechsel zur Marktwirtschaft und suchen die Reform zum Teil auch bewusst zu hintertreiben. Absetzen kann man sie wohl, aber die neue Management-Garnitur ist noch nicht da.

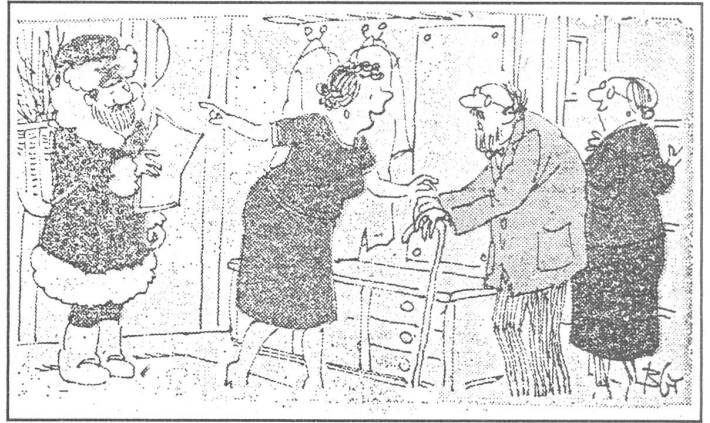
RGW: Handel mit fiktiven Gegenwerten

Einen Problemkreis für sich bilden der Handel im RGW-Rahmen und die willkürlichen Wechselkurse der Ostwährungen. Der Handel wird hier meistens durch zwischenstaatliche Abkommen geregelt, und per Planbefehl muss jedes Unternehmen den Produktionsauftrag erfüllen. Die Preisbildung ist ebenfalls Sache des Staates. Der Warenaustausch findet bei niedrigem Qualitätsniveau wenigstens dann unter den Herstellungskosten statt, wenn die Wechselkurse im Verhältnis zur Verrechnungseinheit Transferrubel unvorteilhaft sind.

Dazu einige klare Worte vom neuen ungarischen Ministerpräsidenten Miklos Nemeth, der zuvor im Politbüro für die Wirtschaft verantwortlich gewesen war: «Angesichts unserer wirtschaftlichen Lage können wir es uns nicht leisten, einen bedeutenden Teil unseres Handels mit den sozialistischen Ländern unter Verlusten abzuwickeln, und das wissen auch unsere Freunde in den Partnerländern. Unser Vorgehen (*eine ungarische Initiative zur Unterstellung des RGW-Handels unter die Weltmarktpreise*) ist nicht von irgendeiner politischen Orientierung diktiert. Wenn wir uns auf der einen Seite (*Richtung Westen*) verschulden, können wir auf der andern Seite (*Richtung Osten*) auch keine Kreditgeber sein; das ist leicht einzusehen.»

Die Reform des RGW ist für die ungarische Wirtschaft sozusagen eine Schicksalsfrage.

«Papa, der nette Weihnachtsmann hat dir deine Rehabilitationsdokumente direkt aus Sibirien mitgebracht.»
(«BR», Nr. 1/1989)



Der Handel soll auf freiwilliger Basis auf Weltmarktpreise umgestellt werden.

Sozialistische und soziale Marktwirtschaft

Kern der geplanten Reform ist die Verwirklichung der «sozialistischen Marktwirtschaft». Der Weg zu diesem Ziel ist steinig. Um ihn erfolgreich zu beschreiten, braucht Ungarn eine doppelte Unterstützung: einerseits die Unterstützung Moskaus mittels eines neu konzipierten RGW-Handels und andererseits die Unterstützung des Westens mittels Investitionskapital zur Modernisierung der Industrie.

Was aber ist «sozialistische Marktwirtschaft»? Worin unterscheidet sie sich von einer westlichen, von einer sonstigen Marktwirtschaft?

Diese Frage haben wir in Budapest dem Vizeminister Miklos Pulai gestellt, dem Leiter des Konsultativen Komitees für Wirtschaftslenkung, von Parteichef Karoly Grosz mit der Zusammenstellung des Reformpaketes beauftragt.

Nach Meinung von Miklos Pulai also muss ein Modell konzipiert werden, das zurzeit noch nirgendwo existiert, nämlich eine Marktwirtschaft unter den Bedingungen eines vorwiegend staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums. «Wenn wir davon ausgehen, dass sich die Formen des staatlichen Eigentums ändern werden und dieses nach und nach in eine Form gemeinschaftli-

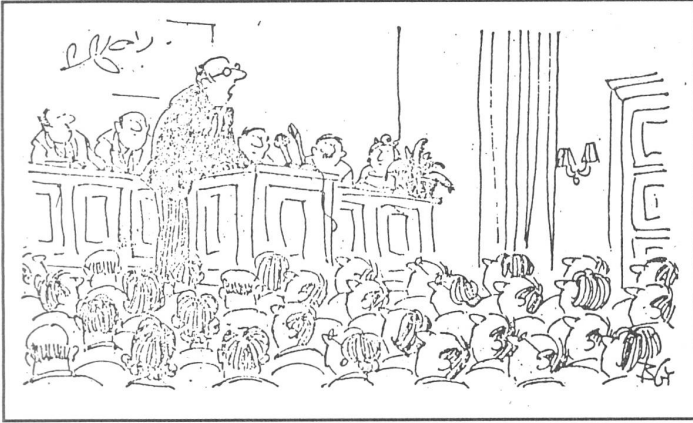
chen Eigentums übergeht, dann ist das nicht identisch mit einer Marktwirtschaft, die sich auf der Basis des Privateigentums organisiert.»

Das neue Gesellschaftsgesetz ermöglicht bereits die Gründung von Aktiengesellschaften im staatlichen Bereich durch gemischt inländisch-ausländische Unternehmen (Joint ventures) von Privatunternehmen bis zu 500 Beschäftigten.

Die Ungarn möchten, dass ihre spezifische Marktwirtschaft so effizient funktioniert wie die Marktwirtschaft in den westlichen Industrieländern, und hierzu wären trotz der unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse ähnliche funktionelle Bedingungen zu schaffen, und das wiederum impliziert vor allem eine Garantie für unternehmerische Freiheiten. Die Industriemanager sitzen in Ungarn nach wie vor in den Fachministerien und nicht in den Unternehmen. Und die Berufsgruppe «selbständige Industriekapitäne» existiert dort gar nicht.

Pulai meint zu diesem Problem, die wichtigste Frage sei die: Wie kann man den Unternehmergeist, die ganze spezifische Denkweise, sozusagen den Staatsfirmen einpflanzen? Müssten die Firmen völlig selbständig nach den wechselnden Gegebenheiten von Angebot und Nachfrage wirtschaften, wären sie ohnehin gezwungen, ihr Management anzupassen, wenn sie sich im freien Wettbewerb behaupten wollten.

Nach Pulais Vorstellungen soll sich Ungarn wirtschaftlich weltweit öffnen. Wenn die



*Die Frage der Volksabstimmung:
«Genossen, ich möchte mit der Feststellung beginnen, dass wir nicht die Schweiz sind...»
(«Budapester Rundschau», Budapest, Nr. 1/1989)*

Handelsschranken fallen und ausländische Waren beliebiger Herkunft auf dem ungarischen Markt angeboten werden, sind dann auch – so geht die Logik – die ungarischen Betriebe in ihrem eigenen Land zum Wettbewerb gezwungen. Und dann wird sich auch automatisch erweisen, welche Firmen in einem marktwirtschaftlichen System lebensfähig sind und welche nicht. In diesem Falle wäre freilich auch in Kauf zu nehmen, dass viele Firmen schnell in Konkurs gingen.

Unter solchen Bedingungen sei es unerlässlich, sagt Pulai, den staatlichen Firmen den Bewegungsraum zuzusichern, den ihre Konkurrenten im Ausland haben. Sie sollten ohne staatliche Genehmigung beispielsweise Anlagen, Maschinen und Rohstoffe im Ausland kaufen dürfen. Diese Chancengleichheit könnte sie international konkurrenzfähig machen, zum Segen des ungarischen Exports.

Was Pulai darstellt, ist so weit die klassische Marktwirtschaft, wo das Spiel von Angebot und Nachfrage die Produktion der einzelnen Unternehmen bestimmt. Der blosse Wettbewerb sorgt für möglichst hohe Qualität bei möglichst niedrigen Preisen. Wenn das bei staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln funktioniert, ist die fragliche Marktwirtschaft definitionsgemäss auch «sozialistisch». Aber ob sie deswegen auch *sozial* sei, das ist eine andere Frage.

Der soziale Charakter der ungarischen Marktwirtschaft wird zur Hauptsache davon abhängen, wieviel die Arbeitnehmer im internationalen Vergleich verdienen. In den

Industrielländern ist man vor dem Zweiten Weltkrieg zur Erkenntnis gekommen, dass die Wirtschaft eines Landes nicht nur Waren produzieren muss, sondern auch Kaufkraft. Mit andern Worten: Die Arbeitnehmer müssen so gut bezahlt werden, dass sie die produzierten Waren auch kaufen können. Was nützt es, Kühlschränke in Massen zu produzieren, wenn die Massen zu arm sind, um sie zu kaufen? Erst diese Erkenntnis hat die westlichen Industrieländer auch zu Wohlfahrtsstaaten gemacht.

Schon der verstorbene italienische Kommunistenführer Palmiro Togliatti sagte, dass das gesellschaftliche Gesamtkapital am Konsum der Arbeiterklasse interessiert sei und damit an der Intensivierung der inneren Märkte. Dieser Gedankengang widerlegt die klassische Verelendungstheorie von Karl Marx. Tatsächlich wird der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen am wirksamsten nicht dadurch begegnet, dass man sie als verwerflich verbietet, sondern dadurch, dass sie nicht rentiert.

Diese Sachlage dürfen die Planer der ungarischen Reformen nicht ausser acht lassen. Insbesondere muss der Staat das schon angeschlagene Aussenhandelsmonopol völlig aufgeben. Jedes Unternehmen sollte direkt mit seinen ausländischen Kunden verhandeln können. Das verschafft Überblick auf den Weltmärkten und vergrössert den Exporterlös.

Beim Besuch eines Budapester Grossunternehmens, das sowohl nach Osten als auch nach Westen exportiert, konnten wir erfah-

ren, welche Verluste es für die Gesamtwirtschaft bedeutet, wenn der Aussenhandel nur über einige Monopolfirmen abgewickelt wird. Abgesehen davon, dass die Kette von ungarischen Export-Import-Firmen, Zwischenhändlern und Verteilern im Ausland einen beträchtlichen Teil des Deviseneinkommens aufschluckt, versperrt sie auch die direkte Verbindung der exportierenden Betriebe zum Weltmarkt und lässt ihr Interesse an einer Ausweitung ihrer Exportpalette schwinden.

Die alternative Salamitaktik

Ein guter Anfang lässt sich finden: In der Landwirtschaft stecken Ungarns heimliche Reserven. Davon haben uns Gespräche mit Agrarexperten im Land überzeugt. Dazu müsste das Kolchossystem reprivatisiert werden, wie es China schon getan hat und wie es Gorbatschow plant, der den Boden und die Maschinen an private Bauern und private Genossenschaften verpachten will. Ungarn kann auf rasche Exporterfolge um so eher hoffen, als sein jetziges Lebensmittelangebot im Westen, wenn man von Salami und Geflügel absieht, äusserst dürftig ist.

Was auf dem Agrarsektor relativ leicht zu bewerkstelligen wäre, stösst in der übrigen Wirtschaft auf grössere Schwierigkeiten, die mit dem Bekenntnis zur Marktwirtschaft allein noch lange nicht behoben sind. Wir haben die Hauptprobleme genannt. Sie sind nicht von einem Tag auf den andern zu lösen, und vermeintliche Abkürzungen könnten sich als Sackgasse erweisen. Im Falle eines Fiaskos würden wirtschaftliches Chaos und Massenarbeitslosigkeit entstehen samt politischen Unruhen mit Auswirkungen auf die Reformer im gesamten sozialistischen Lager. Und zum gehabten Zustand kann man auch nicht zurück. Wollte man die Rückkehr zur Diktatur versuchen, würde das einen solchen politischen Widerstand auslösen, dass das Land bald unregierbar wäre. So bleibt den ungarischen Reformern nichts anderes übrig, als ihre Fahrt durch den Tunnel fortzusetzen. ■